

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 10

Buchbesprechung: Blick in die Zeitschriften

Autor: Böni, Otto / Keller, Franz

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sich aber unter dem Eindruck der Ereignisse die bolschewistische Strömung durch.

Die linksgerichteten Menschewiken (Internationalisten) sowie der linke Flügel der Sozialrevolutionäre befanden sich in einer besonders schwierigen Lage; sie waren gegen das Kerenski-Regime, verurteilten aber auch die Methoden der Bolschewiken. Eine Zeitlang wurden sie von den Bolschewiken ins Schlepptau genommen, dann aber um so härter verfolgt.

Der Kongress hatte unter dem Vorsitz des Menschewiken Dan begonnen, der nach einigen Stunden vom Bolschewiken Kamenew abgelöst wurde. Während der Zweite Rätekongress ausweglos debattierte und keinerlei wirksame Beschlüsse fassen konnte – denn die tatsächlichen Änderungen waren ja schon vorher ausserhalb des Rätekongresses und ohne sein Wissen vollzogen worden –, begannen die bolschewistische Miliz und die «Rote Garde» in Petrograd bereits mit den ersten Verhaftungen und mit der Besetzung der öffentlichen Gebäude. Die Zeitung der Petrograder Bolschewiken verkündete in einem Leitartikel Sinowjews: «Alle Macht den Räten der Arbeiter, Soldaten und Bauern! Frieden, Brot, Land!» Kamenew erklärte in einem Interview: «Es bleibt noch viel zu tun. Wir haben erst begonnen.» Trotzki erklärte: «Wir werden eine Regierung bilden, deren einziges Ziel die Befriedigung der Bedürfnisse der Soldaten, Arbeiter und Bauern sein wird.» Zugleich gab er zu, dass mit dem Staatsstreich dem Willen des Rätekongresses «vorgegriffen» wurde. Die Würfel waren gefallen.

Aus «Oktober 1917», einem Buch von Georg Scheuer, das im Oktober dieses Jahres im Verlag für Literatur und Zeitgeschehen (Hannover) erscheint.

Blick in die Zeitschriften

Fragwürdige Urteile in Ost und West

Mitten in einer Zeit, in der Beweise für Liberalisierungstendenzen einander folgten, platzte anfangs September 1965 die Nachricht von der Verhaftung der beiden sowjetischen Schriftsteller Sinjawski und Daniel. Bereits im Februar des folgenden Jahres wurden die beiden wegen Verbreitung «staatsgefährdender» Schriften im Ausland zu sieben beziehungsweise fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. In der Monatsschrift «*ost-europa*», Nummer 7, gibt nun Laszlo Tikos einen ausführlichen Überblick über Leben und Werk der beiden Verurteilten. Einer der wichtigsten Vorwürfe gegen Sinjawski und Daniel ist derjenige der Doppelzüngigkeit, das heisst, dass die beiden im Westen antisowjetische Romane und im Osten

besonders regimetreue Arbeiten veröffentlicht hätten. Bis anhin konnte man bei uns nur den ersten Teil dieser Anklage überprüfen, wobei jeder-mann zur Ansicht gelangen konnte, dass die unter den Pseudonymen Abra-ham Tertz und Nikolaj Arschak publizierten Romane, Kurzgeschichten und Essays höchstens von «Hundertprozentigen» oder von «kalten Krie-gern», die hinter jeder noch so feinen Kritik eine Anklage gegen ein uner-wünschtes Regime erkennen, als antisowjetisch bezeichnet werden. Sie sind viel eher harte Abrechnungen mit dem Personenkult. Durch die Veröffent-lichung einiger Texte in dem erwähnten «osteuropa»-Heft fällt aber auch der zweite Teil der Anklage in sich zusammen. Wer die von Tikos zusam-mengestellten Auszüge aus sowjetischen Veröffentlichungen der beiden Verurteilten liest, kann darin keine Kriecherei gegenüber der sowjetischen Staatsgewalt finden. Diese Arbeiten widerspiegeln vielmehr eine perma-nente Auseinandersetzung mit der offiziellen Kunstdoktrin. Obwohl die Unhaltbarkeit und Unwahrheit der sowjetischen Anklagen immer offen-sichtlicher wird, hat der Staat kein Einsehen; die beiden Schriftsteller ver-bringen ihr Leben nach wie vor in einem sowjetischen Zwangsarbeitslager.

Auf Umwegen wurde nun vor einiger Zeit auch der Inhalt zweier Briefe der Ehefrauen der Verurteilten an das sowjetische ZK publik. In der Dop-pelnummer 164/165 der Montsschrift «*Neues Forum*» werden diese beiden bewegenden Dokumente vollinhaltlich wiedergegeben. Es ist zu hoffen, dass das ZK sich anlässlich des 50. Jahrestages der historischen Oktoberrevolution der beiden Schriftsteller entsinnt und ein Urteil, das nur Anstoss erregen konnte, rückgängig macht.

Es ist nach wie vor sehr einfach und populär, gegen eine politische Unge-rechtigkeit jenseits des «Vorhanges» zu demonstrieren. Doch glücklicher-weise gibt es auch immer wieder Autoren und Zeitschriften, die den Mut haben, unpopulär zu werden, indem sie unsere politischen Skandale auf-greifen. So wird in Heft 4 der Münchner Zeitschrift «*kürbiskern*» die «Ge-schichte einer Verfolgung» beleuchtet. Als erstes wird hier der Brief der Ehefrau eines westdeutschen Kommunisten an den bundesdeutschen Justiz-minister, Dr. Heinemann, wiedergegeben. Dieser Journalist hat viele Mo-nate der letzten Jahre im Gefängnis verbracht und hat erst anfangs dieses Jahres wiederum eine Freiheitsstrafe von 21 Monaten antreten müssen. Sein Verbrechen besteht darin, dass er in Schrift und Tat gegen das KPD-Verbot verstieß. In ihrem Brief, in dem sie sich mutig zu ihrer und ihres Mannes Überzeugung bekennt, appelliert die unglückliche Frau an den Gerechtig-keitssinn des Justizministers. «*kürbiskern*» benützte die Gelegenheit, um mit Frau Gertrud Hans ein längeres Gespräch zu führen, das er auszugs-weise wiedergibt. In diesem sehr aufschlussreichen Dokument wird der Leser mit einer politischen und menschlichen Tragödie vertraut gemacht, die geradezu nach Protesten schreit. Nicht genug, dass dieser aufrichtige Kommunist auf Grund eines recht fragwürdigen Gesetzes immer wieder für seine Einstellung ins Gefängnis muss, sondern man scheint auch mit allen

Mitteln bestrebt zu sein, alles zu tun, um ihn in seiner Überzeugung zu festigen oder ihm jedes Umdenken zu verunmöglichen. Kaum war er aus dem Gefängnis entlassen und in einer neuen Stelle tätig (er arbeitet erst seit kurzem als Journalist), hatte die politische Polizei nichts Besseres zu tun, als ihn bei seinen neuen Arbeitgebern zu denunzieren, so dass er trotz guten Arbeitsleistungen immer wieder auf Arbeitssuche war. Hier stellt sich nun die Frage: Kann ein Mensch, der tagtäglich die politische Ungerechtigkeit am eigenen Leibe erfährt, von den Segnungen unserer Demokratie begeistert sein? Genügt es in diesem Fall, auf die Ungerechtigkeiten im «Osten» zu verweisen, oder täte man nicht besser, den Verbitterten von unserer Demokratie zu überzeugen?

Hinweise

In unserem letzten «Blick in die Zeitschriften» verwiesen wir auf eine Arbeit in der «Schweizerischen Lehrerzeitung» («Soziale Herkunft und Bildungschancen»), in welcher der Nachweis erbracht wird, dass Milieufaktoren für das Studium äusserst entscheidend sein können. Hierbei wurde besonders auf das Problem der «sprachlichen Gewandtheit» hingewiesen. In Heft 9 der «*Gewerkschaftlichen Monatshefte*» schildert nun die Stellvertreterin des Direktors an der Volkshochschule Hannover, Dr. Charlotte Ziegler, unter dem Titel «Zum Problem des Sprachtrainings im Zweiten Bildungsweg» ihre Erfahrungen, Einsichten und Schlüsse aus ihrer Tätigkeit an Volkshochschulen. Die Autorin fordert am Schluss ihrer Arbeit Pädagogen, Psychologen und Soziologen sowie Leute der Wissenschaft und Praxis auf, mit einigen Absolventen des Zweiten Bildungsweges ein Programm für ein modernes Sprachtraining auszuarbeiten. Was hier für Deutschland gefordert wird, dürfte genau so notwendig für die Schweiz sein und würde bestimmt ein Vorwärtkommen mittels des Ersten wie auch des Zweiten Bildungsweges erleichtern.

Otto Böni

«Neutralität»

Kritische Zeitschrift für Politik und Kultur (Postfach Basel 15)

Unser Bundesrat ist auf die Nonkonformisten nicht gut zu sprechen. Wer sind diese Leute? Die intellektuelle Opposition gegen die Konformität von Politik und Kultur ist seit dem Krieg unter drei verschiedenen Namen aufgetreten. Zuerst nannten sich die Zeitkritiker Existenzialisten, dann Neutralisten und heute Nonkonformisten. Stets sind sie für den Philister ein Ärgernis, denn sie erfassen früher als er, was der Zeit nottut. Als Existenzialisten, inspiriert von Sartre und Jaspers, warnten sie nicht nur vor dem Stalinismus, was die Regierung ja auch tat, sondern auch vor einem neuen

Faschismus, der als Reaktion gegen den Stalinismus zu entstehen drohte (McCarthy-Periode). Als das Wettrüsten in den fünfziger Jahren immer unheimlicher wurde, begannen die Intellektuellen die *Neutralität* der Dritten Welt zu unterstützen. Aus den Existenzialisten wurden «Koexistenzialisten»! Weil sie unter Neutralität die Pflicht zum *Vermitteln* im Kalten Krieg verstanden, gerieten sie in den Verdacht des «Kryptokommunismus». Um sich von ihnen abzugrenzen, gab der westlich orientierte «neutrale» Schweizer ihnen den Namen *Neutralisten*. So blieb die Neutralität als militärischer Begriff erhalten. Man konnte sich mit gutem Gewissen dazu bekennen, ohne als Neutralist zu gelten, ohne in den Verdacht zu kommen, man wolle dem Kommunismus dort, wo er herrscht, eine Existenzberechtigung zuschreiben. Wer damals mit der westlichen Politik konform ging, war für das «Zurückrollen» des Kommunismus und nicht für Koexistenz mit ihm. Unser damaliger Aussenminister *Petitpierre* aber sagte schon 1952 in einer Rede in der ETH: «Das kommunistische System mag der Entwicklung gewisser Länder und den Aspirationen gewisser Völker entsprechen. Wir sprechen ihm aber jeden universellen Wert ab. «Das war bereits Koexistenzpolitik! Es dauerte aber zehn Jahre, bis man diese Politik zu verstehen begann. 1962 ermahnte Bundesrat *Wahlen* mit Nachdruck zur Koexistenz und erklärte, dass Osthandel und Ostkontakte nicht nur den Gedanken der Freiheit in den Osten tragen, sondern uns auch Gelegenheit geben, etwas zu *lernen*!

Von der gleichen Erkenntnis beseelt, gründete kurz darauf der Basler Student Paul Ignaz *Vogel* die Zeitschrift «Neutralität». Als ich ihn damals fragte, warum er nicht den Titel «Koexistenz» vorgezogen habe, wies er darauf hin, dass der Begriff doch noch zu stark belastet sei. Inzwischen hat sich die Koexistenzidee aber durchgesetzt.

Die intellektuelle Opposition gilt daher nicht mehr der Aussenpolitik unserer Parteien, sondern der Innenpolitik. Sie nennt sich nicht mehr neutralistisch, sondern nonkonformistisch. Es geht ihr um die Anwendung dessen, was sie aus der Koexistenz gelernt hat, wozu Bundesrat *Wahlen* vor fünf Jahren geraten hat. Es bildet sich innerhalb und ausserhalb der Parteien ein *linker* Flügel. Die Nonkonformisten unterwandern fast alle Parteien, aber schämen sich immer weniger, als *Linksintellektuelle* zu gelten. Welcher Bundesrat wird auch dieser Avantgarde, die in der «Neutralität» ihr Sprachrohr gefunden hat, den gouvernementalen Segen geben? Vielleicht Nello Celio?

Dr. Franz Keller

In der neusten Nummer polemisiert Peter Höltschi gegen Roger Bonvin, attackiert Heinz Däpp Rotgardisten nach Schweizer Art, bespricht Mario Cortesi eine Stadt wie Biel und nimmt J. P. Sartre zur Nahostkrise Stellung. Auf der Mitarbeiterliste findet man Namen wie W. M. Diggelmann, Friedrich Dürrenmatt, Alfred Rasser, Roman Brodmann, Hans Rudolf Hilty, Ahmad Huber u. a.